

Frage zur Mehrarbeit

Beitrag von „Meike.“ vom 28. Januar 2014 09:21

Mal von den semantischen Fragen ab, hat Mikael aber in einem Recht: ich kann aus gewerkschaftlicher/gesamtpersonalrätlicher Sicht nur sagen, dass Stufenverfahren, Beschlussverfahren und Klagen mittlerweile **das** Mittel zur Wahl sind, wenn man ein Arbeitnehmeranliegen oder als Arbeitnehmer sich selbst und seine berechtigten Interessen vertritt. Nicht weil das alle so irre toll finden/es Spaß macht.

Was noch vor 10 Jahren laut älterer GPR Kollegen oft / eigentlich immer über Verhandlungen gelöst oder verbessert werden konnte, kann jetzt so nicht mehr "bearbeitet" werden, oder nur noch selten. Das hängt zum einen mit einer zentraleren Vergabe von Stellen und einer sich immer weiter einengenden Möglichkeit von "Schieben" innerhalb der Systeme zusammen. Das passiert durch Erlasse, wie bei euch gerade, und durch sinkende Ressourcen / kontrollierende Software, die bestimmte unter-der-Hand-Ausgleiche (z.B. schulübergreifend, wie das bei uns im losen Schulverbund immer der Fall war) nicht mehr zulässt.

Zum anderen gibt es konträre Ansagen beim Führungskräfte training (die besuche ich ja *gern*, aus personalrätlicher Sicht, da lernt man für meine Arbeit richtig viel!): der Mitarbeiter ist kein Kollege mehr, das wird ganz klar vermittelt. Weniger klar in semantischer Hinsicht, aber sehr klar in der *Richtung* ist, dass der Lehrer als "Verfügungsmasse" gesehen wird, der im Betrieb Schule eine Funktion erfüllt, die auch jedes andere Zahnrad erfüllen kann und die es zu "nutzen" gilt. Bei den Kommunikationstrainingseinheiten solcher Führungsakademien geht es dann eher darum, wie man dem Mitarbeiter seinen Willen aufdrückt, ohne dass er es bemerkt, anstelle zu einer echten Einigung/Berücksichtigung seiner Interessen zu kommen.

(Und wenn ich angebe, nicht als Schulleitung in spe sondern als GPR/FoBi/ da zu sein, ess ich alleine Mittag! 😊 Ohne Witz... !!)

Natürlich gibt es viele Führungskräfte in spe, die diese Richtung nicht mitvollziehen (wollen). Es gibt aber auch zunehmend die, die die kurze, lästige Zeit als Lehrer allein als Sprungbrett in die Schulleitung sehen und diese Botschaften aufsaugen. Und es gibt viele (!), die voll motiviert anfangen und ihr Bestes geben und dem ständig wachenden Druck und der Vielfalt der teils hahnebüchenen Anforderungen von außen nicht mehr standhalten und dann diese vermeintlichen Zwänge für sich umdeuten und den Mitarbeitern und sich selbst als quasi gottgegebene "Sachzwänge gegen die man nichts machen kann", "die man nicht ändern kann", "die halt jetzt so sind und die man mittragen muss" mitverkaufen.

Alles sehr schwierig und problematisch. Und nicht immer auf bösen Willen/keinen Willen zurückzuführen - sondern auf die neue Richtung Schule=Betrieb (gegen die ich als Effizienzfanatikerin ja in anderen Bereichen gar nicht so viel hätte... aber da wird sie nicht umgesetzt). Auch als Teil einer Ehe, die aus einem Schulleitungsmitglied/einer

Gesamtpersonalrätin/PRäteFortbildnerin besteht, habe ich da einen ganz guten Rundumeinblick in die "emotionalen Zwickmühlen"... 😊

Diese Entwicklung hat aber dazu geführt, dass, wie schon gesagt, zwischen Arbeitnehmer(vertretung) und Leitung oder Schulaufsicht fast nur noch juristisch/rechtlich "kommuniziert" werden kann. Die Behörde und viele Schulleitungen tun das, weil sie glauben / es bequemer ist, sich darauf herauszureden, keine "Spielräume zu haben" (nach dem Beschlussverfahren/Stufenverfahren geht es dann oft doch), oder weil sie sich nicht mehr trauen, Dinge zu entscheiden, die nicht kompatibel mit der ordere de mufti aus dem KM sind, weil sie insgesamt zu sehr mit Arbeit vollgemüllt sind um sich mal reinzuhängen für einen Mitarbeiter, weil sie Schiss haben gerügt zu werden (das häufige Syndrom "alle müssen mich lieb haben, vor allem die Behörde und das KM" ist ein tödliches!), und aus xzig anderen Gründen.

Die älteren GPR Mitglieder aller Bezirke hier, die die Statistiken im Kopf haben, erklären alle, dass die Verfahren und Klagen ums zigfache angestiegen sind, die Behörde äußert sich ähnlich (und wie oft enden gemeinsame Sitzungen mit den Dezernenten zu durchaus verhandelbaren Themen mit den Worten "dann müssen Sie eben ein Beschlussverfahren einleiten, um das zu klären" Oder "Da muss einer eine Klage einreichen" ?).

Von daher ist "Klagen" ein durchaus sinnvoller Rat. Vielleicht bald der einzige mit dem man überhaupt noch irgendetwas erreichen kann? Ich würde es mir nicht wünschen. Die Verwaltungsgerichte stöhnen schon...